



KREISSTADT HOFHEIM AM TAUNUS

- Stadtverordnetenversammlung -

**Gemeinsamer Antrag aller
Fraktionen**

Vorlage-Nr: **STV2024/016**

Datum: 06.02.2024

Vorgesehene Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung

Beschlussfassung

Kurzfristigen Gesprächstermin mit dem neuen Hessischen Verkehrsminister wegen des Baustellenmanagements von Hessen- Mobil bei der L3011-Vollsperrung vereinbaren

Mit Pressemitteilung von Hessen Mobil vom 02. Februar 2024 wurde die mittlerweile 3. Verlängerung der Vollsperrung der Landesstraße 3011 bis in die zweite Aprilhälfte 2024 mitgeteilt. Dies führt zu einer Gesamtdauer der Vollsperrung von über 9 Monaten und übersteigt damit die in der Planergänzung vom 5. September 2023 vorgesehene Vollsperrungsdauer von „so kurz wie möglich“ (gemeint waren 4 Monate) um mehr als das Doppelte. Eine derart lange Vollsperrung wird die bereits entstandenen Schäden und Verluste der Lorsbacher Gewerbetreibenden weiter vergrößern und für einige Unternehmer dazu führen, dass dies nach dem verpassten Winter-/Weihnachtsgeschäft nun auch noch ihr Frühlings-/Ostergeschäft verlieren. Dies ist unter keinen Umständen hinnehmbar!

Die in der Pressemitteilung genannten „anhaltenden Regenfälle“ und der „Schneefall“ sind für die Herbst- und Wintermonate in unseren Breiten nichts Ungewöhnliches. Jedenfalls haben diese bei den anderen Bauprojekten in Lorsbach, wie etwa dem Großbauprojekt der Hofheimer Wohnungsbau GmbH mit ebenfalls umfangreichen Beton- und Stützarbeiten während der letzten Monate, offenbar zu keinerlei Verzögerungen geführt. Wieso die behaupteten Regen- und Schneefälle auf der von Hessen Mobil verantworteten Baustelle nun zu einer Verzögerung von (weiteren) 5 Wochen führen, ist nicht einmal ansatzweise nachvollziehbar.

Dabei hätten alle bisherigen und angekündigten Verzögerungen allein durch die immer wieder angemahnte Umsetzung der 6-Tage-Woche und volle Tageslichtausnutzung mehr als kompensiert werden können. Dass diese einfachste und zugleich wirksamste Beschleunigungsmaßnahme nach wie vor möglich ist, bestätigt selbst die Webseite der Behörde. Auf dieser heißt es: „Wenn es der Bauzeitenplan erfordert, kann an 6 Tagen in der Woche gearbeitet werden.“ Demzufolge hätte die bloße Anpassung des – ohnehin bereits mehrfach geänderten – Bauzeitenplans zur Umsetzung der Betriebsform 2 genügt.

Die bewusste und gewollte Nichtumsetzung dieser Beschleunigungsmaßnahme verstößt in eklatanter Weise gegen die bereits mehrfach zitierte Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs wie auch die klare Vorgabe in der Planergänzung vom 5. September 2023, „die Dauer der Vollsperrung so kurz wie möglich zu halten“.

Der Vertrauensverlust der vielen tausend Menschen, die neben den Gewerbetreibenden von der Vollsperrung betroffen sind, in ein funktionierendes und bürgernahes Verwaltungshandeln ist gerade auch aufgrund der nicht nachvollziehbaren Gründe für den ständigen Verzug immens. Es scheint, es fehlt entweder am ernsthaften Willen oder an den

Fähigkeiten, wenigstens Näherungswerte bei der Erfüllung der Vorgaben des Verwaltungsgerichtshofes zu erreichen. Es sind offensichtlich nicht die Bauarbeiter vor Ort, sondern wohl eher die übergeordnet Planenden, die für die kumulierenden, im Ergebnis katastrophalen Verzögerungen verantwortlich zeichnen. Rechtzeitig veranlasste Gutachten für den Abraum der alten Straßendecke, ein umsichtig mit adäquater Zielorientierung ausgearbeiteter Bauzeitenplan, eine frühere Untersuchung der Belastbarkeit des unterirdischen Rückstaubehälters auf dem Klärwerksgelände (Teil der Umfahungsstrecke) etc., die verpassten Chancen für eine Straffung der Zeitachse wären zahlreich auflistbar. Neben weiteren rechtlichen Prüfungen und Aktivitäten des Lorsbacher Aktionsbündnisses sollte daher ein Versuch unternommen werden, die Befassung als sogenannte „Chefsache“ seitens des neuen Verkehrsministers zu erreichen.

Zudem erscheint die Beziehung weiterer Informationen zur Herstellung eines transparenten Kommunikationsprozesses geboten.

Wir bitten daher zu beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, umgehend Kontakt mit dem Hessischen Verkehrsminister aufzunehmen und diesen um einen dringenden Gesprächstermin noch im laufenden Februar über die verheerenden Auswirkungen des Baustellenmanagements seiner nachgeordneten Behörde Hessen Mobil zu bitten.
2. Parallel wird gebeten, bei Hessen Mobil detaillierte Informationen zu den Verzögerungsursachen der jüngsten drei jeweils mehrwöchigen Verschiebungen zu erfragen und ab sofort auf einen wöchentlichen „Jour fixe“ unter Beteiligung der Hofheimer Verwaltung hinzuwirken.

gez.
Frank Härder

gez.
Nadja Paulus

gez.
Alexander Tulatz

gez.
Andreas Nickel

gez.
Wilhelm Schultze

gez.
Michaela Schwarz

gez.
Dr. Barbara Grassel